

EDITORIAL

Das zweite Heft des 21. Jahrgangs hat zwei Schwerpunkte, den Völkermord an den Armeniern vor hundert Jahren und einen Rückblick über die letzten Jahre zu den Beziehungen der evangelischen Kirche in Deutschland zu Judentum und Israel.

In Jerusalem gibt es ein armenisches Viertel in der Altstadt. Die Armenier leben seit 1600 Jahren in Jerusalem. Wie die Georgier und andere Gemeinschaften der frühen Kirchen haben sie sich hier im 4. Jahrhundert niedergelassen. Vor hundert Jahren bekam diese Gemeinschaft aber einen gewaltigen Zustrom – nach dem Völkermord der Armenier in der Türkei. Jedes Jahr begeht die Gemeinschaft dieses Ereignis. Als Deutscher war auch ich als Redner eingeladen. Die Armenier sahen in dem Zugeständnis der Deutschen und ihrer Verantwortung für die Shoah der Juden ein Beispiel in der Geschichte, dem die Türken nicht zu folgen bereit waren bis auf den heutigen Tag.

Israel Interfaith Association hat seit ihrer Gründung beste Beziehungen zu der armenischen Gemeinde in Jerusalem. Wir waren häufig im geschlossenen Compound der Kirche in der Altstadt eingeladen, haben dort Seminare durchgeführt, das Museum besucht, das hervorragende Schätze beherbergt, und am Gottesdienst teilgenommen.

Der zweite Schwerpunkt des Heftes ist ein Referat des ehemaligen Ratsvorsitzenden der EKD, Dr. Nikolaus Schneider, das er auf einer Tagung zur Erinnerung an Heinrich Grüber gehalten hat. Das Seminar wurde von der Konrad Adenauer Stiftung in ihren Räumen veranstaltet und berührte ganz allgemein die Beziehungen zwischen Protestanten, Juden und Staat Israel. In diesem Rahmen nahm das Referat von Nikolaus Schneider eine wichtige Rolle ein. Da es sich um ein richtungweisendes Referat handelt, das gerade auch Zukunftsperspektiven aufzeichnet und von einem Mann gehalten wurde, der an der Spitze der Evangelischen Kirche stand, ist das bedeutungsvolle Referat in deutscher Übersetzung hier ganz abgedruckt.

In diesen Tagen kann man nicht umhin, auch die politische Situation und die Sicherheitslage zu berühren, in der wir uns momentan befinden, noch nicht wissend, wohin uns dies führen wird. Krisen dieser Art sind immer ein Schlag für das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Religionen. Das israelische Militär geht davon aus, dass sich die Situation noch zuspitzen wird, falls sich nicht die israelische und palästinensische Haltung zueinander ändert.

Jerusalem, im Oktober 2015

Michael Krupp

Vor hundert Jahren – der Völkermord an den Armeniern

Hundert Jahre sind immer ein Anlass, Lehren aus der Geschichte zu ziehen, dies gilt auch für den Völkermord an den Armeniern, zumal, wenn die damals aufgerissenen Wunden noch nicht verheilt sind. Aber mehr als das. Die Deutschen tragen eine Mitschuld und Mitverantwortung für das, was damals den Armeniern geschah. Die Türkei war eine Verbündete im Ersten Weltkrieg und um dieses Bündnis nicht zu gefährden, mischte sich das deutsche Militär und die deutsche Politik nicht in das ein, was in der Türkei geschah, obwohl man genau wusste, was vor sich ging. Auch im Bezug auf den Holocaust war der Völkermord an den Armeniern ein schrecklicher Vorläufer. Hitler zitierte den Völkermord als Beweis, dass sich niemand darum kümmern oder sich einmischen würde, wenn man die Juden umbrächte, genauso wie das nicht bei dem Völkermord an den Armeniern geschehen sei.

Im Anschluss werden hier zwei Artikel aus dem Gemeindebrief der deutschen evangelischen Gemeinde Jerusalem mit deren Genehmigung hier abgedruckt, die zeigen, dass Leute mit einem christlichen Gewissen bereit waren, gegen den Strom zu schwimmen, sprich gegen die damalige deutsche Politik, und versuchten, zu helfen und zu retten, so gut sie konnten, ohne dass sie dafür jemals belohnt wurden. Im Gegenteil.

Johannes Lepsius – Ein Menschenrechtler aus christlicher Überzeugung

Von Rolf Hosfeld

»Liebe Alice«, schrieb der evangelische Theologe Johannes Lepsius Anfang August 1915 aus Istanbul an seine Frau in Potsdam: »Es ist unsagbar, was geschehen ist, und noch geschieht. Die vollkommene Ausrottung ist das Ziel – alles unter dem Schleier des Kriegsrechtes. Vorläufig ist nicht mehr dazu zu sagen.« Johannes Lepsius, der Vorsitzende der Deutschen Orient-Mission und der Deutsch-Armenischen Gesellschaft, war am 24. Juli in der osmanischen Hauptstadt eingetroffen. Die Geschichte dieser Reise ist Thema in Franz Werfels Roman »Die vierzig Tage des Musa Dagh«, und sie beruht auf einer wahren Begebenheit. Seit dem Beginn des Weltkriegs hatte sich die Stimmung gegenüber den osmanischen Armeniern spürbar verschlechtert. Es hatte Hausdurchsuchungen, irreguläre Requisitionen, Verhaftungen und politische Morde gegeben. Im Winter wurden armenische Siedlungen im Grenzgebiet zum Iran von Massakern heimgesucht. Im späten Frühjahr

1915 begann eine systematische Deportation der armenischen Bevölkerung aus dem Osten Anatoliens. Ganze Ortschaften, Stadtteile und Landschaften wurden zwangsweise geräumt und die Armenier auf langen Märschen in den Süden geschickt. Das alles blieb nicht unbemerkt.



Harpur, Mai 1915: Unter Bewachung werden führende Armenier der Stadt fortgeführt um anschließend erschlagen zu werden (Quelle: Wikipedia)

Botschafter Hans von Wangenheim telegraphierte am 7. Juli an Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg auf der Grundlage von präzisen Informationen aus den ihm bis dahin aus allen Landesteilen zugegangenen Berichten, es stehe nun außer Zweifel, so wörtlich, »dass die Regierung tatsächlich den Zweck verfolgt, die armenische Rasse im türkischen Reiche zu vernichten«. Das war eine eindeutige Aussage, und sie bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass die deutsche Politik spätestens Anfang Juli 1915 zu der Erkenntnis gekommen war, dass die Deportationen und Massaker, die man verstärkt seit den Frühlingsmonaten in den anatolischen Provinzen beobachten konnte, dem erklärten Ziel dienten, eine ethnische Gruppe – die osmanischen Armenier – systematisch der Vernichtung

zuzuführen – und dies als Ergebnis einer staatlich gelenkten Politik. Dieses Urteil ist nunmehr seit hundert Jahren deutsches Regierungswissen.

Johannes Lepsius, der als junger Mann in Jerusalem seine ersten Erfahrungen mit den ethnischen Konflikten im Osmanischen Reich sammelte, war über mehr als dreißig Jahre nicht nur einer der international bedeutendsten Dokumentaristen der Verbrechen an den Armeniern. Er wurde durch dieses Engagement auch zu einem herausragenden Menschenrechtsaktivisten aus christlicher Überzeugung.



Johannes
Lepsius



Lepsius stammte aus dem gehobenen Berliner Bildungsbürgertum mit exzellenten Beziehungen in wichtige Kreise von Politik, Wissenschaft, Kirche und Hof. Seine Mutter, eine Tochter des Komponisten Bernhard Klein und der Schriftstellerin Lilly Parthey, unterhielt in der Bendlerstraße einen der letzten Berliner Salons von Rang. Ihr Urgroßvater war der mit Moses Mendelssohn befreundete Aufklärer und Verleger Friedrich Nicolai. Johannes Lepsius' Vater Carl Richard war in den vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts der Leiter einer vierjährigen preußischen Ägyptenexpedition und der eigentliche Begründer der deutschen Ägyptologie. Dass Johannes Lepsius nach vollendetem Theologiestudium 1884 als Hilfsprediger und Lehrer nach Jerusalem ging, lag ganz auf der Linie der orientalischen

Interessen, mit denen er von Kindheit an konfrontiert war. Palästina war ein kleiner Vielvölkerkosmos für sich. Muslimische und christliche Araber lebten in dieser osmanischen Provinz, Juden, Armenier, Türken, Griechen und Europäer.

Dieses Umfeld prägte Johannes Lepsius mehr noch als sein Elternhaus. Der Orient galt den Zeitgenossen schon länger als die eigentliche Wiege der Kultur. Palästina im Besonderen aber war vor allen Dingen das Land der Bibel, und auch das fand zunehmend Aufmerksamkeit. Lepsius kam hier in Kontakt mit Kreisen, die der Schweizer Orientalist und Historiker Hans-Lukas Kieser das informelle Netzwerk einer »Protestantischen Internationale« genannt hat. Von einem wiedergeborenen Nahen Osten sollte sich nach ihrer Vorstellung der Frieden weltweit ausbreiten. Lepsius' späteres lebhaftes Interesse für Theodor Herzls Zionistenbewegung würde noch von diesem frühen Impuls zehren. Politisch waren sie meist angelsächsisch beeinflusste progressive Liberale. Ein funktionierender osmanischer Rechtsstaat, der auch den Christen und Juden bürgerliche Gleichheit und Sicherheit bot, sollte die Voraussetzung dafür sein, dass ihre Visionen in Erfüllung gehen konnten. Johannes Lepsius entwickelte sich, so Kieser, in diesem Milieu schnell zu einem »von der Protestantischen Internationale und ihrer Nahostmission inspirierten, neupietistischen und liberalen lutheranischen Christen«.

Zehn Jahre später – er war nach seines Jerusalemer Zeit seit 1886 Pfarrer in Mansfeldischen Friesdorf – zog es ihn wieder in den Orient. Alle Hoffnungen auf einen osmanischen Rechtsstaat waren durch Nachrichten von unvorstellbaren Massakern in den armenischen Gebieten Anatoliens, die seit 1894 die europäische Öffentlichkeit erreichten, plötzlich zunichte gemacht. Lepsius fasste den Entschluss, eine eigene Erkundungsreise zu unternehmen. Die Impulse der protestantischen Internationale, die er in Palästina empfangen hatte, wurden nun zum ersten Mal politisch wirksam.

Im Frühjahr 1896 befand sich Johannes Lepsius auf dem Weg zu einer Informationsreise in die Türkei. »Als aus den englischen Zeitungen Berichte nach Deutschland kamen, die den schauerhaften Umfang und den bestialischen Charakter der Blutbäder nicht mehr verschwiegen«, erinnerte er sich später, »schrie die deutsche Presse wie mit einem Munde: Englische Lügen! Englische Lügen!« Solchen Bewertungen wollte Lepsius das eigene Urteil entgegensetzen.

Nach seiner Rückkehr reiste Lepsius wochenlang mit Vorträgen über die armenischen Massaker durch Deutschland. Am 12. August 1896 erschien der erste Artikel seiner Serie *Die Wahrheit über Armenien* in der Zeitung *Der Reichsbote*. Im Herbst kam sein Buch *Armenien und Europa* heraus, das bis 1897 sieben Auflagen erreichte und eine erhebliche Öffentlichkeitswirkung entfaltete.

Die Schrift wurde bald ins Englische, Französische und partiell auch ins Russische übersetzt. Lepsius wurde über Nacht eine international respektierte Persön-



Eine Nation von Flüchtlingen und Waisenkindern - Kinder vor dem Tor der „Waisenstadt“ [Bildarchiv des Genozids](#) Bild: © Barton, James L.: The Story of Near East Relief (1915-1930)

lichkeit. Doch das politische Europa verhielt sich merkwürdig still in dieser Zeit, das meinte auch der britische Liberale und ehemalige Premier William Ewart Gladstone, als er sich zu einem persönlichen Dankschreiben an Lepsius veranlasst sah, in dem er dem »Autor des wertvollen Buchs über die Massaker an den Armeniern, das mir selbst von großem Nutzen war« seinen persönlichen Respekt bekundete. Das von imperialen Großmachtinteressen statt von politischmoralischen Maßstäben geleitete Bild, das die Regierungen Europas über die Massaker verbreiteten, so Gladstone in Übereinstimmung mit Lepsius, sei »eine der traurigsten, wenn nicht die traurigste Tatsache dieser Zeit.«

Johannes Lepsius selbst ging es zunächst darum, die Überlebenden – meist Frauen und Waisenkinder – zu retten und so die Grundlagen für eine Wiedergeburt des dezimierten armenischen Volks zu schaffen. Auf seiner Reise durch Anatolien gründete er 1896 mit Hilfe amerikanischer Missionare in Urfa die erste Niederlassung des künftigen Lepsius-Hilfswerks.

Er wusste aber, dass größere Mittel nur aufgebracht werden konnten, wenn man zuvor die Öffentlichkeit mit unanfechtbaren Informationen über die wirklichen

Vorgänge im osmanischen Reich versorgte und die Legende von den »englischen Lügen« in der deutschen Öffentlichkeit widerlegt war. Insofern diente seine Publikationstätigkeit auch dem ganz praktischen Zweck, einer proarmenischen Bewegung im Deutschen Reich Hebammenarbeit zu leisten. Im Unterschied zu den vielfältigen Hilfsaktivitäten, die damals auch weite Teile der evangelischen Gemeinschaftsbewegung erfassten, verstand Lepsius seine Arbeit von Anfang an ausgesprochen politisch.

Seine Schrift erschien in einer Zeit, als Bismarcks kalkulierte Realpolitik zunehmend durch Visionen eines geographisch ausgreifenden deutschen Machtstaats ersetzt wurde, der auch Einflussphären im Osmanischen Reich ins Visier nahm. Lepsius und die Moralpolitik der deutschen proarmenischen Bewegung befanden sich aus diesen Gründen in Opposition zur offiziellen Politik des Kaiserreichs. Adolf Stoeckers *Deutsche Evangelische Kirchenzeitung* warf ihm vor, politisch wie theologisch von englischen Einflüssen abhängig zu sein. Friedrich Naumann ging so weit, den armenischen Opfern einen höheren Sinn abgewinnen zu wollen, der in Deutschlands Bestimmung zur Weltpolitik im Orient begründet lag. Wer international wie Lepsius denke, und damit meinte Naumann: »englisch«, der möge es mit den Armeniern halten. Das preußische Innenministerium intervenierte. Es störte, dass er sich nicht auf die karitative Linderung der Not vor Ort beschränkte, sondern zugleich die Großmächte vehement öffentlich kritisierte. Er konnte zudem, bedingt durch eine intensive Beschäftigung mit der Kunst des Schauspiels seit seiner Studentenzzeit – er selbst hat im Lauf seines Lebens sechs Theaterstücke verfasst – als charismatischer Redner sein Auditorium in Bann setzen. Für Max von Baden, der ihn für einen begnadeten Propagandisten hielt, verkörperte er den Typus eines Gelehrten mit der Seele eines Künstlers und Missionars, der Schrift und Rede wie kaum ein zweiter beherrschte. Auch das störte. Johannes Lepsius war, wie sein französischer Zeitgenosse Emile Zola, ein öffentlicher Ankläger, der auf die politische Macht des Worts vertraute.

Er war jedoch kein grundsätzlicher Gegner von deutscher Weltpolitik, aber sie hatte für ihn nur sehr bedingt etwas mit den wilhelminischen Konjunkturen von Machtpolitik zu tun. Weltpolitik bedeutete für ihn als Theologen in erster Linie eine Vorbedingung des endlichen Anbruchs des Reiches Christi, das er als eine nach den Grundsätzen des Evangeliums rechtsstaatlich eingerichtete Welt auf Erden betrachtete. Allerdings sah Lepsius, wie alle gebildeten Protestanten seiner Zeit, in Luthers Deutschland Gottes prädestiniertes Land. Er musste jedoch erleben, wie die im Ersten Weltkrieg begangenen Verbrechen eines deutschen Bündnispartners zunehmend in Widerspruch gerieten zu seiner Vision des kommenden Reiches Christi auf Erden. Im Unterschied zu der nicht unbeträchtlichen Anzahl von Personen im deutschen Reich, die genau wussten, was in der Türkei vor sich ging,

beschloss er nach seiner Rückkehr aus Istanbul im Herbst 1915, nicht aus Gründen der Staatsräson und des Kriegszustands zu schweigen. Er wurde, schon in Istanbul, wie der amerikanische Botschafter Henry Morgenthau beobachtete, wieder zu einem emphatischen Moralpolitiker, der sich in Opposition zur Regierungspolitik verhielt. Auf einer Pressekonferenz am 5. Oktober 1915 in Berlin wurde er deutlich, als er die deutsche Regierung anklagte, ein Sklave der osmanischen Führung geworden zu sein und nicht ihr Meister, was ihr eigentlich zustehe. Lepsius hatte zu Beginn des Krieges in der Illusion gelebt, das deutsch-türkische Waffenbündnis wurde zwangsläufig zu einer gewissen – in seinen Augen positiven – hegemonialen Europäisierung der Türkei durch Deutschland und zur Herstellung von geordneten Rechtsverhältnissen beitragen.

Diese Illusion war jetzt zerbrochen. Der deutsche Patriot Johannes Lepsius verwandelte sich angesichts eines großen Menschheitsverbrechens in einen Ankläger seiner Regierung und ihres orientalischen Opportunismus. »Das Gewissen des Staatschristentums«, meinte er in dieser Zeit, »fühlt sich bei solchen Interessengegensätzen leicht versucht, das was menschlich geboten ist, dem was politisch bequem ist, unterzuordnen.« Lepsius tat dies nicht. Mit Blick auf die existentiellen Folgen, die ihre ebenso persönliche wie politische Entscheidung nach sich zog, schrieb Wolfgang Huber einmal, kann man Johannes Lepsius durchaus mit Dietrich Bonhoeffer vergleichen. Im April 1916, mitten im Krieg, veröffentlichte Lepsius seinen dreihundertseitigen Bericht über Die Lage des armenischen Volkes in der Türkei mit einer präzisen Darstellung der Zeitabläufe und der regionalen Ereignisse sowie genauen Statistiken. Es war ein Hilferuf, aber auch ein Versuch, die zivilisatorische Zäsur dieses Genozids zu verstehen. Die zentrale Aussage des Buchs – nach dem Urteil des Historikers Ulrich Trupener für Jahrzehnte das beste synthetische Werk über diesen Gegenstand – besteht darin, dass ab Frühjahr 1915 eine staatlich geplante ethnische Säuberung stattfand, die unmittelbar, exekutiert von Organen eines »tiefen Staats«, in genozidale Maßnahmen umschlug. Der Bericht stellt auch die Frage nach der quaestio-juris, und zitiert in diesem Kontext die alliierte Erklärung vom 24. Mai 1915, in der die Vorgänge als Verbrechen gegen Menschlichkeit und Zivilisation charakterisiert werden.

Der Genozid von 1915/16 war in den Augen von Lepsius, der die Entwicklung der armenischen Frage in der Türkei seit 1896 intensiv verfolgt hatte, ein »unter dem Schleier des Kriegsrechtes« vollzogenes ausschließlich türkisches – innenpolitisches – Projekt. Dabei, antwortete er als Hauptgutachter auf Nachfrage der Verteidigung im Prozess gegen Soghomon Tehlirjan, der im Frühjahr 1921 den ehemaligen Großwesir Mehmet Talaat in Berlin-Charlottenburg erschossen hatte, ging es im völkischen Sinne darum, in der Konsequenz alles zu vernichten, was nicht rein türkisch war.

Dem Deutschen Reich sprach er schon Ende 1918 eine Mitschuld durch Duldung und feige Untätigkeit zu. Nach dem Krieg hat Lepsius – der den 9. November 1918 ganz in der Tradition der Protestantischen Internationale als Durchbruch einer neuen demokratischen Weltära begrüßte – einen vom Auswärtigen Amt selbst ausgewählten Teil der Dokumente und des Schriftwechsels zu den Ereignissen in der Türkei während des Krieges unter dem Titel *Deutschland und Armenien* in seinem Potsdamer Tempel-Verlag veröffentlicht. Inwieweit alte Beamte des Auswärtigen Amts, die dafür bekannt waren, Antragstellern nach Belieben Akten vorzuenthalten, dies auch bei Lepsius in einigen deutsche Militärs und Politiker belastenden Fällen getan haben, lässt sich nicht mehr klären, ist aber nicht unwahrscheinlich. Dennoch war *Deutschland und Armenien* die erste systematische Dokumentation diplomatischer Quellen zum Völkermord an den Armeniern überhaupt, und sie war aufschlussreich zur Klärung der wesentlichen Fragen des Verlaufs und der Hintergründe des Völkermords.

Kurz nach seinem Tod bezeichnete ihn George Peabody Gooch, der Herausgeber der *Contemporary Review*, als berühmten Armenophilen mit substantiellem politischem Urteilsvermögen. Lepsius war natürlich auch, und in erster Linie, Theologe. Aber die Theologie taugte für ihn weniger zur Analyse der Welt als zu ihrer ethischen Bewertung und zu ihrer Befriedung.

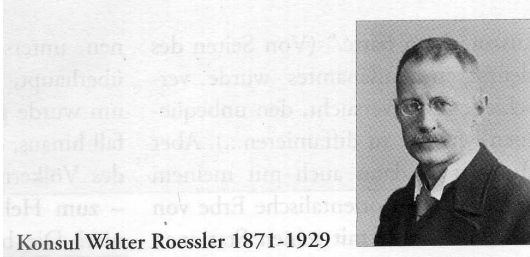
Dr. Rolf Hosfeld ist wissenschaftlicher Leiter des Lepsiushauses Potsdam. Er verfasste zahlreiche Bücher zu kultur- und zeitgeschichtlichen Themen, darunter auch Publikationen über den Völkermord an den Armeniern: *Operation Nemesis. Über die Türkei, Deutschland und den Völkermord an den Armeniern*, Köln 2005; *Johannes Lepsius. Eine deutsche Ausnahme*, Göttingen 2013; *Tod in der Wüste Der Völkermord an den Armeniern*, München 2015.

Konsul Rössler und die Armenier

Erinnerungen an meinen Urgroßvater – von Georg Rössler

George Hintlian hiess dieser fremde Mann, der mich ansprach. Vor jetzt genau 31 Jahren. Wir kamen ins Gespräch, in diesem kleinen, besonderen Museum im armenischen Viertel. Als ich dabei erwähnte, dass mein Urgroßvater seinerzeit und Anfang des 20ten Jh. erst zweiter Konsul in Jaffo, dann erster Konsul in Aleppo gewesen war, schoss es geradezu aus ihm heraus – Rössler, Walter Rössler! Erst über die Jahre fand ich heraus, wer George war und welche Rolle er für die armenische Gemeinde in Jerusalem und gegenüber der Welt spielt. Alle Fäden

laufen bei ihm zusammen, und wir sollten später noch viel gemeinsam unternehmen. Aber schon bei dieser ersten Begegnung erzählte er mir, dass die Armenier diesen Konsul Rössler in hohem Ansehen hielten und sogar planten, ein Buch über ihn zu schreiben, das seine besondere und zum Glück sehr positive Rolle gegenüber diesem so schrecklich verfolgten Volk würdigen sollte.



Konsul Walter Roessler 1871-1929

Dieses Buch gibt es heute wirklich – wurde aber geschrieben von meinem Freund Dr. Kai Seyffarth. »Entscheidung in Aleppo – Walter Rössler, Helfer der verfolgten Armenier« (Im Donat Verlag). Kai Seyffarth ist heute sicherlich einer der ganz wichtigen Experten zum Genozid an dem armenischen Volk. Wie kam es dazu? Kai hatte sich schon sehr früh für die moralischen Fragen interessiert, die sich aus der Shoah ergaben, war und ist daher auch lange Jahre sehr engagiert im deutsch-israelischen Dialog – und hatte sich eigentlich erst durch die Begegnung mit meiner Familiengeschichte in die Thematik des Genozids der Jungtürken an dem armenischen Volk hineinbegeben. Um dann der Frage nachgehen zu wollen, was diesen Konsul Rössler wohl dazu gebracht hat, sich gegen die erklärte deutsche Aussenpolitik im ersten Weltkrieg deutlich auf die Seite der verfolgten Armenier zu stellen und maßgeblich beteiligt zu sein an einem umfassenden Hilfswerk vor Ort, wie dann auch der engagierten Aufklärungsarbeit gegenüber der Welt. So schreibt Konsul Rössler am 20.12.1915 an den deutschen Reichskanzler:

»Die Öffentlichkeit in Deutschland weiss offenbar nicht, wie es in der Armenierfrage steht (...) Über die Vorkommnisse und Zustände der grauenhaftesten Art, die die Vernichtung herbeigeführt oder begleitet haben, habe ich in den letzten Monaten wieder und wieder berichtet (...). Euer Exzellenz stelle ich gehorsamst zu hochgeneigter Erwägung, ob die Mitverantwortung, die durch Schweigen und beschönigende Darstellung von deutscher Seite übernommen wird, sowohl dem deutschen Volk als der Welt gegenüber nicht zu gross ist und ob der politischen Schaden der später (vielleicht zu uns ungelegener Zeit) an den Tagen kommenden Wahrheit nicht grösser ist, als der Nachteil, der uns gegenwärtig aus der Aufklärung unserer Öffentlichkeit erwachsen mag«

Walter Rössler riskierte hier zweifellos seine berufliche Karriere, indem er grundsätzliche Entscheidungen der deutschen Bündnispolitik in Frage stellte. Doch den Reichskanzler beeindruckte er nicht. Dieser schrieb in einer amtsinternen Notiz:

»Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht.«

Worauf Konsul Rössler in Verbindung mit der amerikanischen Mission vor Ort eine einzigartige Kooperation zwischen den verschiedenen ausländischen Vertretungen vor Ort und ein funktionierendes Hilfswerk zur Hilfe der verfolgten Armenier auf den Weg brachte. Das meiste Geld kam von amerikanischen Spendengeldern, während die deutsche Mission in Aleppo unter Konsul Rössler als offizielle Verbündete der Türken das bessere Nachrichtennetz sowie als einzige das Privileg hatte, verschlüsselte Telegramme in die Welt zu schicken. Ein wichtiger Teil der Tätigkeit dieses Hilfswerkes war die Versorgung der Hunderte, ja Tausender armenischer Waisenkinder, die in Aleppo umherirrten, an Hunger und Seuchen zugrunde gingen...

Ich selber hatte lange Jahre nur wenig Kenntnisse über das Wirken des Urgroßvaters in Aleppo. Zwar hatte ich in jungen Jahren das Kultbuch »Die Vierzig Tage des Musa Dagh« von Franz Werfel verschlungen – hier wird Konsul Rössler wie folgt erwähnt ».. er gehörte zu den Mitarbeitern des Generalkonsuls Rössler in Aleppo, der sich von allem Anfang an der Verschickten mit Unerschrockenheit angenommen hatte und der einen Riesenkampf der Menschlichkeit gegen Ittihad, die Staatsräsion und gegen die Verleumdung seiner eigenen Ehre auszufechten hatte.« (Von Seiten des deutschen Außenamtes wurde verschiedentlich versucht, den unbequemen Mahner zu diffamieren...). Aber das war es dann auch mit meinem Interesse. Das orientalische Erbe von Konsul Rössler mit seinen Stationen erst in Sansibar, dann Jaffo und später Aleppo wurde mir erst bewusst, als meine israelische Freundin und spätere Frau Nirit uns in Düsseldorf besuchte. Staunend stand sie damals vor den Gemälden und Zeichnungen von Gertrud, der Urgroßmutter, die eine begnadete Malerin war – Sonnenuntergang am Toten Meer, Altstadtgassen von Jerusalem, das Grab der Tabitha in Jaffo, Gesichter des Orients, alles in wunderschönen Rahmen aus der Bezalel Kunsthochschule in Jerusalem... Es gibt darunter das Porträt eines Armenierjungen, und die Familienlegende sagt, dass es sich dabei um Haik, den Läufer nach Aleppo aus dem Werfel-Buch handelt...

Konsul Rössler kehrte 1918 eigentlich als gebrochener Mensch zurück. Der jahrelange Kampf um das Überleben von so vielen unglücklichen Menschen, das

erfolglose Verhandeln mit den türkischen Behörden und nicht zuletzt gegen die eigenen Vorgesetzten, die unglückselige Bündnispolitik und die deutsche Staatsräson müssen ihn stark ausgezehrt haben. Nach immer wieder kehrenden Krankheiten verstarb er 1929 – ohne jede Würdigung seitens des Reichsministeriums, dem er gedient hatte.

Das holt Kai Seyffarth am Ende seines Buches »Entscheidung in Aleppo« jetzt nach: »Das Böse interessiert mich nicht, es findet immer eine Erklärung in niedrigen menschlichen Trieben. Eigentlich unerklärlich hingegen ist das Gute. Was Rössler von anderen Menschen seiner sozialen Herkunft und politischen Stellung im einzelnen unterschied, lässt sich, wenn überhaupt, nur schwer sagen. Warum wurde gerade er – über den Zufall hinaus, dass er sich in den Jahren des Völkermords in Aleppo aufhielt – zum Helfer der verfolgten Armenier? Die bestmögliche Annäherung dürfte im Begriff der Ritterlichkeit liegen, die einen tief verinnerlichten moralischen Imperativ einschließt. Walter Rössler war von zurückhaltender, korrekter, eher ängstlicher Natur. Aber Tapferkeit bedeutet nicht, keine Angst zu empfinden – sondern die Angst zu überwinden. Walter Rössler war ein tapferer Mensch.« Vielen Dank, lieber Kai!

Helmut Rössler, der Sohn, der aus seiner Jugend noch die toten Armenier auf den Strassen Aleppos in Erinnerung hatte, wurde später Mitbegründer der neuen rheinischen Kirche nach 1945. Bekannt war er auch als der »Musik-Rössler« – selber begeisterter Laie, Pianist und Sänger, leitete er als Kirchenmusikdezernent über Jahre die Entwicklung des neuen Evangelischen Kirchengesangbuches und war Mitbegründer und Kuratoriumsvorsitzender der Landeskirchenmusikschule. Meine Mutter, Almut Rössler, wurde dann eine international bekannte Kirchenmusikerin – neben ihrer kantoralen Tätigkeit galt sie als Chefinterpretin für die Orgelwerke des französischen Komponisten Olivier Messiaen. Sie wohnte in der vielleicht skurrilsten Kantorenwohnung überhaupt – wie der Glöckner von Notre Dame direkt unter dem Glockenturm der Johanneskirche im Düsseldorfer Stadtzentrum! Und von dem Balkon der Wohnung hatten wir immer einen genialen Blick auf die Karnevalsumzüge gleich unter uns...

Es ist vielleicht ein Zufall – oder auch nicht, der meine Wege wieder in die Region des nahen Osten geführt hat. Während meines Judaistik-Studiums verbrachte ich zwei Jahre an der Hebräischen Universität, und ein erfolgreicher »Shidduch« brachte mich mit meiner späteren Frau Nirit zusammen. Jetzt lebe ich seit 30 Jahren in Israel, und als einem Vertreter der deutschen (Familien)Geschichte im Lande Israel steht für mich die Frage von Moral und Verantwortung natürlich immer wieder als Thema und Fragezeichen im Raum. Von mir entwickelte alternative Führungen im Yad Vashem sind mir bis heute persönliches Anliegen und Auseinandersetzung. Und ja, wie hätte eigentlich ich mich in

bestimmten Situationen verhalten – wäre ich schuldig geworden? Wie schön, dass zumindest Konsul Walter Rössler in schwerer Zeit das richtige zu tun wusste!

Georg Rössler lebt seit 30 Jahren mit seine Frau Nirit und drei Kindern in Jerusalem. Er ist Co-Direktor der Reiseagentur »SK-Tours in Nature« und organisiert Bildungs- und Pilgerreisen und insbesondere Pilgerwanderungen auf dem »Jerusalem Weg« (www.sktours.net). Daneben ist er Gründer und Co-Direktor von »SOS-Gewalt/Zentrum für Gewaltstudien in Israel« (www.soscenter.org.il/ger) und leitet DE-mobbing Seminare für Führungskräfte in Deutschland und Israel.



Karikatur in Haaretz zum Artikel auf S. 78f

Nikolaus Schneider

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und ihre Beziehung zum Judentum und zum Staat Israel

Vortrag auf der Konferenz »Solange ich sprechen kann, spreche ich« der Konrad Adenauer Stiftung in Jerusalem am 6.10.2015.

I. Es ist fast unmöglich, die Bedeutung des Wandels in Theologie und Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg zu unterschätzen, soweit es die Sicht auf das Judentum und das Verhältnis von Kirche und Synagoge sowie Christentum und Judentum betrifft. Der wesentliche und der entscheidende Punkt ist die Gültigkeit des Bundes zwischen Gott und dem erwählten Volk. Ist er noch gültig oder wurde er aufgehoben?



Praeses Dr. Nikolaus Schneider und Dr. Gesine Palmer, die Organisatorin der Konferenz

Zweitausend Jahre lang hatte die »Ablösungstheorie« und das »Substitutions-Paradigma« die christliche Theologie und das Selbstverständnis des Christentums bestimmt: Das Christentum sah sich selbst als das neue erwählte Volk – mit schmerzlichen Konsequenzen für Jüdinnen und Juden, die sie durch die Jahrhunderte zu ertragen hatten.

Ausgangspunkt für das theologische Umdenken war die EKD-Synode 1950 in Berlin-Weißensee. Im Nachgang zu dieser Synode arbeiteten einige Theologen und

die »Christlich-Jüdische Arbeitsgruppe« des Deutschen Evangelischen Kirchentags – eine einflussreiche und bedeutende Gruppe von Laien in Deutschland, die von hervorragenden Intellektuellen geprägt wird- jahrelang an diesem Thema. Schließlich war die Entscheidung der Synode der Rheinischen Kirche von 1980 der Durchbruch zu einem völlig neuen Verständnis des Verhältnisses von Judentum und Christentum: Die Synode anerkannte die fortdauernde Gültigkeit des Bundes zwischen Gott und Israel. Sogar die Gründung des Staates Israel erhielt eine theologische Interpretation als »Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk«.

Fast alle protestantischen Landeskirchen in Deutschland folgten dieser Entscheidung während der nächsten Jahre durch eigene synodale Entscheidungen – mit unterschiedlichen Formulierungen, aber in der Sache gleich – mit Ausnahme der theologischen Interpretation der Gründung des Staates Israel.

Mein Vortrag behandelt nach dieser Einleitung zwei Teile. Zuerst erläutere ich die Entwicklung dieses neuen theologischen Denkens; dabei beziehe ich mich auf den Beschluss der Rheinischen Kirche. Zusätzlich möchte ich auf das Verhältnis der EKD zum Staat eingehen, da es traditionell einige Aktivitäten der EKD im Heiligen Land gibt, die mit zwei Ausnahmen auf die deutsche Kaiserzeit im 19. Jahrhundert zurückgehen. Der zweite Teil wird die gegenwärtige Situation behandeln und einen Blick auf die Aufgaben werfen, die vor uns liegen.

I. Das neue christliche Verständnis Israels und des Judentums und das Verhältnis der EKD zum Staat Israel.

Zunächst möchte ich erklären, warum die Rheinische Kirche als ein Beispiel für alle EKD Kirchen und die EKD dienen kann. Dies beruht auf der Tatsache, dass die EKD als Zusammenschluss unabhängiger Landeskirchen zu verstehen ist: Sie repräsentiert diese Kirchen auf der Bundesebene. Das aber bedeutet: Das tägliche Leben der protestantischen Kirchen findet in den 20 Landeskirchen statt.

Die EKD und ihre Repräsentanten können die fast 23 Millionen Kirchenmitglieder nicht direkt ansprechen. Dies geschieht durch die Landeskirchen. Folglich gibt es keine direkte Mitgliedschaft in der EKD. Deutsche Protestanten sind direkte Mitglieder ihrer Landeskirchen und nur durch sie auch Mitglieder der EKD. In Klammern: Die EKD verfügt auch über kein eigenes Einkommen. Sie wird durch die Landeskirchen finanziert. Deswegen sind die Entscheidungen der Synoden der Landeskirchen so entscheidend.

Das alte Modell der »Substitutions-Theorie« war fest in der Theologie und im täglichen Leben der Kirchen verankert. Und ich muss einräumen: das ist auch heute noch so. Die Vertreter der »Substitutions-Theorie« stellen zwar eine Minderheitenposition dar, diese Position ist aber noch nicht vollständig überwunden.

Ich habe von 1967 bis 1972 an der Universität studiert. Ich erinnere mich noch genau daran, was ich in meinen Neutestamentlichen Vorlesungen zu hören bekam. Es war Folgendes:

»Gott hat seinen Bund mit Israel gekündigt. Das neue erwählte Volk ist das Christentum. Wir müssen zwischen dem Judentum von heute und dem Israel des alten Bundes unterscheiden«, so wurde gesagt. »Das Judentum ist nicht Teil des Bundes. Israel als Gottes erwähltes Volk existiert nicht mehr.« Schließlich lernte ich: »Mission schließt das gegenwärtige Judentum ein. Juden haben dem neuen Bund zwischen Gott und dem Christentum durch die Taufe beizutreten und können nur so umkehren zum Gott Israels.«

Bei seiner Erklärung der »Substitutions-Lehre« machte unser Professor ganz klar: »Gewalt als Werkzeug der Mission ist vollkommen verboten.« Ebenso sei es unsere Aufgabe, alle noch existierenden absurden Vorstellungen über Juden zu bekämpfen, wie: Juden seien eine Bedrohung unserer Gesellschaft oder vergifteten das Denken und das tägliche Leben. »Die Juden sind unser Unglück!« Oder Anschuldigungen früherer Tage, die heute kaum noch vorstellbar sind: die Juden hätten christliche Kinder getötet um Mazzen zu backen; die Juden hätten die Brunnen oder das Vieh vergiftet; die Juden seien verantwortlich für allerlei Krankheiten ... und so fort.

Obwohl er in diesen Dingen völlig klar war, war er nicht bereit, zu akzeptieren, dass es eine Verbindung zwischen der »Substitutionslehre« und der Diskriminierung der Juden gab, ihrer Verfolgung und den Massenmorden an den Juden in Europa – den Pogromen – oder der Shoah. Er erklärte diese Verbrechen als Resultat des Geistes des »finsternen Mittelalters« und des kriminellen Geistes der Nazi-Ideologie. Dies sei Biologie, nicht Theologie, erklärte er.

Dies war der Kontext meines Denkens, als ich meinem Dienst als Pfarrer in der Rheinischen Kirche im Jahre 1976 begann. Und ich war verwirrt, als ich völlig neue Ideen zu hören bekam. Ich hörte von einer neuen Interpretation des Neuen Testaments, insbesondere der Kapitel 9–11 des paulinischen Römerbriefs; dass das »Alte Testament« die Bibel der ersten christlichen Gemeinden war.

Ich wurde Teil dieser theologischen Arbeit der Rheinischen Kirche – und ich hatte eine Menge über die Entwicklung des theologischen Denkens zu Israel und dem Judentum zu lernen. Ich hatte zu lernen, dass die Anschauungen sogar der Bekennenden Kirche, die sich in der »Barmer Erklärung« niederschlugen, die Situation der Juden in Deutschland mit keinem Wort erwähnten. Der Versuch, einen Paragraph zu diesem Thema einzufügen, scheiterte. Aber ich lernte auch, was Dietrich Bonhoeffer gesagt hatte: dass diejenigen, die nicht für die Juden schreien, auch nicht das Recht haben, Gregorianische Hymnen zu singen.

Es hat einige Pastoren gegeben, die sich für die Juden eingesetzt haben, wie Pastor Maas in Heidelberg oder Pastor Held in Essen. Er rettete Juden vor dem Abtransport in die Konzentrationslager, indem er sie im Keller der Kirche oder des Pfarrhauses versteckte. Ich hörte vom »Büro Grüber«, dass die einzige organisierte Institution der Bekennenden Kirche war, um »jüdischen Christen« zu helfen und sie zu retten – mit Verbindungsstellen in allen Regionen Deutschland, die von der Bekennenden Kirche oder diakonischen Institutionen getragen wurden. Das »Büro Grüber« half ca. 2000 Menschen, aus Deutschland zu emigrieren und ihr Leben zu retten. Ferner war Pastor Grüber in engem und vertrautem Kontakt mit der Zentralorganisation der Jüdinnen und Juden in Deutschland unter der Führung von Rabbiner Dr. Leo Baeck.

Das waren alles beeindruckende Persönlichkeiten. Sie gaben und waren – wie auch einige andere – ein wunderbares Zeugnis ihres Glaubens.

Wir müssen aber auch zugeben: Während der Nazizeit gab es keinen Beschluss einer Synode oder eine synodale Erklärung zugunsten des Judentums oder der Juden in Deutschland. Es gab keine Einsicht, dass das Geschick der Juden von unmittelbarer Bedeutung für das Christentum ist. Sogar noch 1948, nach der Shoah, erklärte der »Bruderrat« der EKD, eine Nachfolgeorganisation der Bekennenden Kirche:

Es gebe eine überwältige Schuld des Christentum gegenüber dem Judentum, aber... »indem Israel den Messias kreuzigte, hat es seine Erwählung und Bestimmung verworfen... Die Erwählung Israels ist durch und seit Christus auf die Kirche aus allen Völkern, aus Juden und Heiden, übergegangen«. Das »Alte Israel« habe Gottes Strafe zu tragen. Und Israels Schicksal sei eine dauerhafte Warnung an alle Christen, Gottes Willen zu achten. Unglaubliche Worte – direkt nach der Shoah. (Text in: R. Rendtorf/H.H. Henrix, Hg, Die Kirchen und das Judentum, Dokumente von 1945–1985, München.Paderborn 1988, S. 540ff)

Im Gegensatz zu dieser Art von theologischem Denken erklärte die Synode in Berlin Weißensee auf ihrer Sitzung 1950: »Gottes Verheißung über dem von ihm erwählten Volk Israel (ist) auch nach der Kreuzigung Jesu Christi in Kraft geblieben.« (s.o. S. 548f)

Dies war der erste Schritt, einen neuen Weg zu finden, die Verbindung zwischen Christentum und Judentum zu beschreiben und festzulegen. In Folge dieser Synode richtete der »Deutsche Evangelische Kirchentag« eine ständige Arbeitsgruppe ein, die sich mit dem Jüdisch-Christlichen Verhältnis beschäftigen sollte. 1962 veröffentlichte die Gruppe ein Buch über die Resultate ihrer Diskussionen. Der Titel spricht für sich: »Der ungekündigte Bund«. Und 1975 veröffentlichte eine EKD-Studiengruppe, die vom Rat der EKD eingesetzt worden war, einen ersten Band mit den Resultaten ihrer Arbeit.

Diese Gruppe arbeitete an einem Konsens zwischen den deutschen Landeskirchen. Die Gruppe beschrieb die gemeinsamen Wurzeln von Judentum und Christentum, das Auseinandergehen ihrer Wege und fragte nach Möglichkeiten, eine neue Form des Verhältnisses zwischen Kirche und Synagoge zu ermöglichen. Ihr Motto war ein Zitat aus Römer 11,18: »Du sollst wissen, nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich.«

Jahre solcher theologischer Arbeit führten zum Synodalbeschluss der Rheinischen Kirche von 1980. Dies war bemerkenswert, denn es besteht ein wichtiger Unterschied zwischen wissenschaftlicher Forschung, Diskussion, Veröffentlichung von Ergebnissen, Vorschlägen, Ideen und der Entscheidung einer Synode.

Die Synode dieser Landeskirche ist ihr höchstes gewähltes Leitungsgremium. Die Synode ist gemäß der Kirchenordnung ermächtigt, die theologischen Fundamente der Rheinischen Kirche festzulegen. Die Synode ist berechtigt, alle Kirchemitglieder aufzufordern, ihren Entscheidungen zu folgen und ihre Theologen aufzufordern, die neuen Einsichten der »Rheinischen Entscheidung« anzunehmen. Alle rheinischen Pastoren versprechen als Teil ihres Ordinationsgelübdes, in Predigt und Lehre die neuen theologischen Einsichten des »Rheinischen Beschlusses« zu vertreten.

Der Beschluss war durch eine spezielle Arbeitsgruppe, die vom theologischen Ausschuss der Synode eingesetzt worden war, vorbereitet worden. Die Gruppe setzte sich aus Laien und jüdischen wie christlichen Theologen zusammen. Dies ist von besonderer Bedeutung, denn normaler Weise müssen Mitglieder der Ausschüsse und Arbeitsgruppen Christen sein.

Die Synode war sehr dankbar dafür, dass Jüdinnen und Juden bereit waren, ihre theologische Arbeit zu unterstützen. Dabei ist insbesondere Rabbi Jehuda Aschenasy aus Hilversum in den Niederlanden zu nennen, dessen theologische Mitarbeit von besonderer Bedeutung war. 1980, direkt nach dem Beschluss, übergab er seine Bibel dem damaligen Präses, Karl Immer, als Ausdruck der Versöhnung. Diese Bibel war sein Begleiter in Auschwitz gewesen ... Einer der bewegendsten Momente in der Geschichte der Rheinischen Synode.

Der Rheinische Beschluss benannte vier Gründe für die Erneuerung des Christlich-Jüdischen Verhältnisses:

- 1) Das Christentum hat zu akzeptieren, dass es eine Mitverantwortung für die Shoah trägt.
- 2) Neue Biblische Einsichten, besonders die Interpretation von Römer 9–11.
- 3) Die fortdauernde Existenz des Volkes Israel, die Einwanderung von Juden in das verheißene Land und die Errichtung des Staates Israel: Alle diese Ereignisse werden als Zeichen der Treue Gottes seinem erwählten Volk gegenüber verstanden.

4) Die Bereitschaft von Juden, Christen zu begegnen, mit ihnen zusammen zu lernen und zusammenzuarbeiten trotz des Holocaust.

Der Beschluss selbst hat fünf Kernaussagen:

1) Die Treue Gottes gegenüber seinem Bund mit Israel besteht fort. Jesus Christus ist als Tür in diesen Bund für Christen aller Nationen und für die Kirche zu verstehen.

2) Jesus ist und bleibt ein Sohn Israels, er wird als Messias und Retter der Welt bezeugt.

3) Evangelium und Gebote, Bund und Tora, gehören zusammen: »Zusammen mit den Juden glauben wir, dass die Einheit von Gerechtigkeit und Liebe die Signatur von Gottes Willen und Tun in der Welt ist; diese Einheit soll christliches und jüdisches Leben täglich bestimmen.«

4) Die Synode bekennt Gott als Schöpfer von Himmel und Erde und glaubt, dass der Aaronitische Segen das Leben von Juden und Christen bestimmen soll.

5) Christen und Juden haben die gemeinsame Hoffnung auf einen neuen Himmel und eine neue Erde als eine neue Schöpfung Gottes. Der Heilige Geist ist die Kraft dieser messianischen Hoffnung. Er will Friede und Gerechtigkeit schaffen und beauftragt Juden und Christen, als seine Zeugen zu leben und gemeinsam der Welt zu dienen.

Der Synodal-Beschluss hatte wichtige Konsequenzen für das kirchliche Leben im Rheinland. Ich erwähne nur einige Beispiele:

– Jeder Kirchenkreis setzte einen Beauftragten für den Jüdisch-Christlichen Dialog ein.

– Die Kirchenleitung in Düsseldorf richtete eine Studienstelle ein, die die Aufgabe hat, die Durchführung der Beschlüsse im Gemeindeleben zu unterstützen; die kirchliche Hochschule Wuppertal richtet eine Gastdozentur zum Thema in jedem Semester ein.

– Die Curricula der religiösen Erziehung in Schule und Kirche wurden kritisch durchgesehen.

– Die Programme für die Erwachsenen-Bildung und der theologischen Examina wurden neu geordnet.

In den folgenden Jahren änderte die Synode die Kirchenordnung:

– Der Jüdisch-Christliche Dialog wurde eine gesetzliche Aufgabe für jede Kirchengemeinde und in jeden Kirchenkreis.

– Judenmission wurde aus dem Artikel zur Mission gestrichen und der Grundartikel der Kirchenordnung wurde folgendermaßen geändert:

»Sie (Die Rheinische Kirche) bezeugt die Treue Gottes, der an der Erwählung seines Volkes Israel festhält. Mit Israel hofft sie auf einen neuen Himmel und eine neue Erde.«

Es ist hier nicht möglich, alle Folgen dieses Beschlusses für das kirchliche Leben im Rheinland zu beschreiben. Außerdem ist die Beschäftigung mit der Erneuerung des Verhältnisses zwischen Judentum und Christentum ein bis heute andauernder Prozess theologischer und kirchlicher Arbeit.

Alle Landeskirchen der EKD folgten der Linie des »Rheinischen Beschlusses«. Alle stimmen in den folgenden Aussagen überein:

- Die Kirchen haben gegen jede Form von Antisemitismus zu kämpfen.
- Die Kirchen akzeptieren eine kirchliche Mitverantwortung für den Holocaust.
- Die Kirchen bekennen eine fortdauernde Verbindung zwischen Judentum und Christentum – und sie vergessen nicht: »nicht du trägst die Wurzel, die Wurzel trägt dich«.

- Sie verstehen Israel und Judentum als das auserwählte Volk.

- Sie sagen »Ja« zum »Staat Israel« als einem »sicheren Hafen« für Juden überall in der Welt. Dieser Staat benötigt einen besonderen Schutz.

1991 und 2000 veröffentlichte die EKD die Resultate ihrer weiteren theologischen Arbeit zum Jüdisch-Christlichen Dialog. Das tat auch die »Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa« (GEKE).

Wenn wir diesen Prozess bis heute betrachten, können wir wirklich sagen: Die protestantischen Kirchen in Deutschland schlugen ein neues Kapitel im Buch der Jüdisch-Christlichen Beziehungen auf, oder besser: Sie begannen damit, ein völlig neues Buch zu schreiben.

Ich will nicht verschweigen, dass es trotz der breiten Akzeptanz dieses neuen Wegs noch kritische Diskussionen über einige Punkte gibt. Das sind insbesondere:

- 1) Die Errichtung des Staates Israel als ein Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk Israel zu verstehen.

- 2) Christus als das Tor zu dem Bund zwischen Israel und Gott zu sehen, so dass der »Neue Bund« nichts anderes als die Fortsetzung des »Alten Bundes« ist.

- 3) Einen Weg zu finden, wie Christus als der Messias Israels zu bekennen ist, ohne Juden zur Taufe zu drängen.

Ich werde darauf zurückkommen.

Der Inhalt des Verhältnisses zwischen EKD und dem Staat Israel kann anhand der EKD-Aktivitäten im Heiligen Land beschrieben werden.

Zur Kaiserzeit im 19. Jahrhundert wurden der Kaiser selbst, Kirchen und Missionsgesellschaften im Heiligen Land tätig. Schulen und medizinische Einrichtungen wurden gegründet, Kirchen und Gästehäuser gebaut. Durch Angebote von Hilfe und Erziehung, durch die Predigt des Evangeliums sollten Menschen bewegt werden, dem speziellen Weg des christlichen Glaubens zu folgen, der durch die Kirchen der Reformation repräsentiert wird.

Einige dieser Einrichtungen sind weiterhin vorhanden:

– Die deutschsprachige Gemeinde mit der »Erlöserkirche« und ihren Angeboten sowie das »Gästehaus des Propstes« in der Altstadt von Jerusalem. Die Gemeinde erhält Unterstützung von der EKD, Pastoren und der »Propst« werden von den Landeskirchen der EKD entsandt.

– Die »Talita kumi« Schule, die direkt hinter der Mauer steht. Sie gehört dem »Diakonischen Werk Kaiserswerth« und wird von der »Berliner Mission« betrieben.

– Das Programm »Studium in Israel« bietet deutschen Theologen die Möglichkeit, Neuhebräisch an der Hebräischen Universität zu lernen und vermittelt Studienmöglichkeiten auf verschiedenen Gebieten. Die Studierenden gehören zur Stadtgesellschaft Jerusalems. Sie lernen über das Judentum und leben gleichzeitig mit ihm.

– Das »Ölberg-Gelände« erhielt Kaiser Wilhelm II. zu osmanischer Zeit durch Vermittlung der »Hohen Pforte«. Der Kaiser beauftragte den »Johanniter-Orden«, die »Kaiserswerther Schwestern« und die Evangelische Kirche, auf diesem Gelände Aktivitäten zu entwickeln.

Der »Lutherische Weltbund« betreibt treuhänderisch das Gelände als Ganzes seit den 50ziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts. Er ist für das Auguste-Victoria-Krankenhaus verantwortlich.

Die deutsche Kirchengemeinde betreut dort Pilger und Touristen und ist für die Auferstehungskirche zuständig.

Das »Archäologische Institut« der EKD hat dort seinen Hauptsitz.

– Das christliche Dorf »Nes Ammim« in Nord-Galilä wurde in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von einer internationalen Gesellschaft gegründet, die aus Christen der Schweiz, der Niederlande und Deutschlands bestand. Es wurde gegründet, um in Solidarität mit den Juden in einer bedrängten Situation zusammen zu leben. Die Niederlande brachten ihre Erfahrung in der Landwirtschaft ein, die Deutschen gaben das meiste Geld und die Schweiz schuf den juristischen Rahmen. Einer der Hauptideen war, über das Judentum in Israel zu lernen und als christliche Minderheit unter Juden zu leben.

Alle dieser Unternehmungen arbeiten mit den israelischen Autoritäten zusammen. Es geht ihnen darum, allen israelischen Bürgern zu dienen. Die Gründung von »Studium in Israel« und von »Nes Ammim« war nur mit Einwilligung der israelischen Regierung möglich.

»Dienst« ist der beste Ausdruck, um den Sinn aller dieser Einrichtungen zu beschreiben: Medizinischer Dienst, pädagogischer Dienst und das Angebot, dass sich dort Menschen treffen und mit einander sprechen können, die einander »normalerweise« nicht begegnen – als ein Dienst des Friedens.

Neben diesen Anstrengungen, der israelischen Gesellschaft zu dienen, versucht die Deutschsprachige Gemeinde eine Heimat für die Deutschen zu sein, die in Israel für eine begrenzte Zeit arbeiten und leben oder die auf Dauer in Israel wohnen. Sie ermöglicht es Deutschen, den Kontakt zu ihrem Glauben zu erhalten, ihre Sprache und ihre Kultur zu pflegen. Und die Gemeinde bietet deutschen Touristen Orientierung an und – zusätzlich – geistliches Leben für Interessierte und für viele Pilger.

II. Gegenwärtige Problem und Aufgaben für die Zukunft

Das erste und in meiner Sicht das wichtigste Problem scheint mir der »Generationen-Bruch« zu sein. Die »alten Helden« des Jüdisch-Christlichen Dialogs sind nicht mehr am Leben oder sie sind pensioniert. Und es gibt einen Mangel an jungen Theologen, die die Themen des Jüdisch-Christlichen Dialogs als einen unverzichtbaren Teil ihrer theologischen Arbeit sehen. Diese Beobachtung lässt mich fragen, ob die Resultate des Dialogs wirklich tief genug Wurzeln geschlagen haben im Denken und in den Herzen der Theologen der christlichen Kirchen. Und dies gilt noch mehr für die Laien.

Das zweite Problem ist, dass die meisten Theologen, die sich intensiv mit den Fragen des christlich-jüdischen Dialogs beschäftigen, Bibelwissenschaftler sind – wo aber sind die Lehrer der Dogmatik und der systematischen Theologie? Es sind nur wenige, die das Thema zu ihrer Sache machen. Und es ist bezeichnend, dass die letzte wissenschaftliche Kontroverse zu diesem Thema in Deutschland durch einen Artikel eines Professors für systematische Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin ausgelöst wurde. Er ging zurück ins 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er vertrat die Position von Adolf von Harnack, dass das »Alte Testament« aus dem christlichen Kanon zu entfernen sei. Und er erneuerte die alten Vorurteile, dass das Judentum partikular, während das Christentum universal sei. Das Judentum sei als die Religion des Gesetzes zu sehen, das Christentum aber als die Religion der Liebe – und ähnliches von den alten Vorurteilen, die wir für überwunden hielten. Er bekam zwar keine große Unterstützung, aber auch fast alle Professoren der »Systematischen Theologie« schwiegen... Das erinnert mich an ein Gutachten der Theologischen Fakultät der Universität Bonn gegen den Rheinischen Beschluss, das bisher nicht zurückgenommen ist...

Das dritte Problem besteht in der Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung, im besonderen die Siedlungspolitik. Diese Politik proviziert eine heiße Debatte in den deutschen evangelischen Kirchen zwischen den Freunden des israelischen Staates und den Unterstützern der Palästinenser, insbesondere der palästinensischen christlichen Kirchen. Einige von ihnen übernehmen die Position vie-

ler christlicher Palästinenser – repräsentiert durch den sogenannten »Ruf von Bethlehem«.

Sie sagen, dass es keinen Sinn mehr mache, mit den israelischen Autoritäten über Frieden und Gerechtigkeit zu sprechen. Sie empfehlen den Boykott als einzige Sprache, die die Regierung verstehe und ernsthaft berücksichtige. Und sie versuchen, Israel in der Familie der Nationen zu isolieren.

Gruppen in unseren Kirchen übernehmen diese palästinensische Position und versuchen, Synoden dazu zu bewegen, in diesem Sinn zu votieren. Bisher waren sie nicht erfolgreich. Aber das ist keine Garantie für die Zukunft.

Das vierte Problem hat mit einigen pietistischen Gruppen und fundamentalistischen Christen zu tun. Sie propagieren immer noch missionarische Aktivitäten, um Juden zur Taufe zu drängen. Für die deutschen Kirchen ist es kompliziert genug, mit diesem Problem umzugehen, denn viele Mitglieder dieser Gruppen gehören zu den besonders aktiven Gemeindemitgliedern. Und um die Situation aber noch mehr zu verkomplizieren: Diese Gruppen befürworten die Siedlungspolitik der jetzigen israelischen Regierung. Und deshalb sucht die israelische Regierung die Nähe dieser Gruppen.

Ich glaube, dass diese Gruppen und fundamentalistische Pastoren und Prediger eine gefährliche Theologie propagieren: sie glauben nämlich, dass das endzeitliche Reich Gottes anbrechen wird, wenn Israel als Staat in seinen biblischen Grenzen lebt – wie immer diese Grenzen verlaufen mögen. Aus diesem Grund unterstützen sie die Siedlungsbewegung. Das Ergebnis ist: Eine gefährliche Theologie führt zu einer gefährlichen politischen Bewegung.

Manche dieser Theologen missbrauchen den Rheinischen Beschluss. Sie verdrehen die Aussage, dass die Errichtung des Staates Israel ein Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sei. Der Rheinische Beschluss versuchte, den biblischen Zusammenhang von »Volk« und »Land« im Blick zu behalten. Er hatte aber niemals beabsichtigt, eine Argumentation zu unterstützen, um die Grenzen Israels mit der Bibel in der Hand festzulegen.

Die Aufgaben der Zukunft können leicht als der Konsequenzen der genannten Probleme dargestellt werden:

1) Wir haben junge Wissenschaftler und Theologen zu motivieren, Themen des Jüdisch-Christlichen Dialogs als Kernbestand ihrer Arbeit zu verstehen. Besonders Professoren der »Systematischen Theologie« müssen für den Gedanken gewonnen werden, dass christliche Identität durch diese Art theologischer Forschung bereichert und nicht in Frage gestellt wird.

In diesen Jahren des Gedenkens an die Reformation Martin Luthers 1517 sollten wir an einer Erklärung über Martin Luthers Schriften zu den Juden arbeiten. Dies sollte gemeinsam mit Juden geschehen. Und dies sollte zu einem offiziellen Akt der Buße im Jahr 2017 führen.

2) Wir brauchen eine Erneuerung in der Mitgliedschaft der Jüdisch-Christlichen Gesellschaften.

3) Wir haben die Einsichten des Jüdisch-Christlichen Dialogs mit der orthodoxen Welt, den Fundamentalisten, den Evangelikalen und der weiteren ökumenischen Welt zu besprechen – so weit sie bereit sind, mit uns darüber zu reden.


4) Wir haben die Wirkungen unserer theologischen Arbeit auf die Politik zu diskutieren. Das betrifft besonders die Siedlungspolitik Israels, die Sicherheit Israels und die palästinensischen Forderung nach dem Ende der Besatzung, nach Gerechtigkeit und einem eigenen Staat.

Und wir haben alle Friedens- und Gerechtigkeitsbemühungen im Heiligen Land zu unterstützen. Sicherheit und Gerechtigkeit gehören dabei zusammen. Sich allein auf militärische Macht zu verlassen, führt in die Irre und ins Verderben.

5) Wir haben die Christen aller Gemeinschaften im Heiligen Land zu stärken, die der gesamten Gesellschaft dienen. Wir haben diejenigen zu unterstützen, die die Suche nach Frieden nicht aufgegeben haben. Und wir haben treu zu allen Aktivitäten der EKD im Heiligen Land zu stehen. Schließlich müssen sich alle diejenigen auf die EKD und ihre Gliedkirchen verlassen können, die für die Einrichtungen im Heiligen Land Verantwortung tragen.

Alle diese Aufgaben sind keine »technische Herausforderungen«. Sie müssen vielmehr als Konsequenz unseres Glaubens und unserer Theologie verstanden werden. Und sie haben Teil des Zeugnisses unseres Glaubens zu sein, den wir in Gottesdienst und Gebet zum Ausdruck bringen.

Aus dem Englischen übersetzt von Michael Krupp, autorisiert vom Verfasser

<small>Anzeige</small>		
Lee Achim		לי אהים
<p>Verlag Jerusalem Mischna Antiquariat</p>		
<p>Besuchen Sie unsere website www.lee-achim.de</p>		

Jüdische Welt und interreligiöse und interkulturelle Beziehungen

Israelischer Religionsminister: Reformjuden sind keine Juden

In einem Interview im israelischen Militärsender hat Religionsminister David Assouly (sefardische orthodoxe Shas-Partei) wieder einmal für Aufruhr gesorgt. Infolge des Kabinettsbeschlusses, der alle Reformen auf dem Sektor der religiösen Ausübung, die die Vorgängerregierung durchgesetzt hatte, rückgängig gemacht hatte, sagte der Minister, Reformjuden seien gar keine Juden. Schon früher hatte der Minister durch ähnliche Aussprüche Furore gemacht, indem er das Reformjudentum als „Disaster für die israelische Nation“ bezeichnet hatte.

Premierminister Benjamin Netanjahu verurteilte die Worte seines Ministers aufs schärfste und sagte, sie seien verheerend für die Beziehungen mit dem Judentum Amerikas, wo die stärkste jüdische Gruppe das Reformjudentum sei, die auch die stärkste Befürworterin des Staates Israel sei. Er rief seinen Minister zu sich und erinnerte ihn daran, dass er Religionsminister aller jüdischen Bürger Israels sei.

Sprecher der Reformbewegung in Israel und im Ausland forderten den Rücktritt des Ministers. Wenn er nicht Minister für die religiösen Belang aller jüdischen Bürger sein könne, habe er in der Regierung nichts zu suchen.

Ein Orthodoxer Singer in Israel und das orthodoxe Establishment

Avior Byron gilt als erster und einziger orthodoxer Protestsänger in Israel. Seine neueste Botschaft ist biblisch: Legt euch nicht mit Konvertiten an. Gemeint sind die Opfer des religiösen Establishments. Das ist der Titel seines neuen Albums und des nächsten Konzerts in Tel Aviv, „eine Veranstaltung in Solidarität mit den Opfern der verwehrt Konversion-Reform“, gemeint sind die von der Regierung annullierten Vorschläge der vorhergehenden Regierung zur Reform des bisherigen Konversionsystems.

Einer der Glanzlichter des neuen Albums ist der Song mit dem Titel „Ruth wartet“. Ein Mädchen in Israel mit dem Namen Ruth, die wie ihre biblische Namenschwester sich dem jüdischen Volk anschließen will, aber von den Rabbinen daran gehindert wird.

Byrons Solidarität mit Konvertiten hat auch einen persönlichen Grund, seine Frau aus Tschechien ist eine Konvertitin, die heute den Namen Jehudit trägt. Byron war nicht immer orthodox, er kommt aus einem liberalen Elternhaus in Israel, wo man den Schabbat Kiddusch begangen hat und wo man am Jom Kippur in die



Synagoge ging. Obwohl er eine Kippa trägt, möchte er nicht für die Orthodoxie eingenommen werden. Auch in anderen jüdischen Strömungen gäbe es Perlen, die er nicht missen wolle. Er gehört zu einer liberalen orthodoxen Gemeinde, in der auch Frauen aus der Tora lesen dürfen. Seine drei Kinder gehen auf eine Schule, die orthodoxe und säkulare Kinder besuchen.

Byron hat einen Dokortitel in Musikologie und wenn er nicht mit seiner fünf-Personen Band auf Tour ist, unterrichtet er Musikwissenschaft an einem College.

Die Konversion seiner Frau war eigentlich problemlos, sagt er, aber das, weil sie im Ausland erfolgte, in Tschechien. Der Albtraum sei eine Konversion in Israel. Tausende von Menschen in Israel und im Ausland, die sich dem Judentum anschließen wollten, werden daran von den sturen orthodoxen Rabbinern gehindert. „Viele Israelis denken“, sagt er, „unsere größte Bedrohung ist der Iran, aber in Wirklichkeit ist es die Methode, wie wir alle Nichtorthodoxen behandeln. Wenn eines Tages die Millionen Nichtorthodoxer beschließen sollten, Israel deshalb nicht mehr zu unterstützen, ist das unser Ende“.

Der Ruth-song hat schließlich ein gutes Ende. Irgendwann findet sich ein Rabbiner, der Ruth konvertiert. „Die eigentliche Botschaft des Liedes“, sagt Byron, »ist nicht, dass die Konvertiten ihre Glaubwürdigkeit beweisen müssen, sondern die Rabbinen“.

Brandstiftung in der Brotvermehrungskirche in Tabgha

Im Sommer ist in der Brotvermehrungskirche in Tabgha ein Brand ausgebrochen, der von der Feuerwehr gelöscht wurde.

Eine hebräische Inschrift an einer der Wände: אֱלִילִים כְּרוֹת יִכְרְתוּן (ihre Götzen werden vernichtet werden) lässt auf Brandstiftung durch fanatische jüdische Extremisten schließen. Die Aufschrift ist dem jüdischen Gebetsbuch entnommen und begegnet in zahlreichen Bibelkommentaren gegen den Götzendienst.

Ein Vorratsraum und Büros wurden durch den Brand verwüstet, die Kirche selber hat durch den Rauch gelitten, blieb aber selbst unversehrt. Zwei Menschen erlitten Rauchvergiftungen.

Die Polizei hat die Täter inzwischen gefasst. In der letzten Zeit wurden ähnliche Anschläge gegen kirchliche und moslemische Einrichtungen verübt. Einige Attentäter konnten gefasst werden. Sie entstammen aus dem jugendlichen Siedlermilieu. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft die Regierung verpflichtet, vollen Schadenersatz zu zahlen. Die Verwalter des nahe gelegenen Pilgerhauses, das inzwischen auch gut bewacht wird, sind skeptisch.

Kirchen verbrennen – Katholiken protestieren gegen Aufruf, Kirchen niederzubrennen

Die Häupter der katholischen Kirche in Israel haben mit Absprache des Vatikans eine Beschwerde bei der Polizei gegen die Gruppe Lehava eingereicht. Die Gruppe tritt gegen jede Vermischung der Juden mit angeblich dem Judentum fremden Gedanken auf. Ihr Anführer, Benzi Gopstein, hatte in einem öffentlichen Interview dazu aufgerufen, die Kirchen in Israel als Götzentempel niederzubrennen.

Gefragt, ob das Gebot des Maimonides heute noch gelte, Götzendienst im Land Israel auszurotten, und ob er dafür sei, Kirchen in Israel zu verbrennen, antwortete er: „Hat der Rambam (Maimonides) verordnet, Götzentempel zu verbrennen oder nicht. Wenn ja, verstehe ich die Frage nicht. Götzentempel müssen verbrannt werden. Es ist ganz einfach „Ja““.

Darauf hingewiesen, dass das Interview gefilmt wird und wenn die Polizei es zu Gesicht bekäme, er verhaftet werden könnte, antwortete Gopstein: „Das ist das letzte, was mich bekümmert. Wenn das die Wahrheit ist, bin ich bereit, 50 Jahre dafür im Gefängnis zu sitzen.“

In der Zwischenzeit hatten auch zwei Parlamentsabgeordnete, Aida Touma-Suliman von der Vereinigten Arabischen Liste, und Michal Biran von der Zionis-

tischen Union, den israelischen Generalstaatsanwalt aufgefordert eine kriminelle Untersuchung gegen Gopstein und seine Gruppe wegen Aufhetzung zu Terrorismus und Rassismus einzuleiten.

Vor einiger Zeit hatte der israelische Innengeheimdienst Shin Bet beschlossen, dass es nicht ausreichende Gründe für ein Verbot der Gruppe gäbe. Im letzten Dezember hatte Verteidigungsminister Moshe Yaalon den Geheimdienst um eine Stellungnahme zur Gruppe gebeten, nachdem 21 Mitglieder der Gruppe, einschließlich Gopstein, kurzfristig verhaftet worden waren wegen Verdachts zur Anstiftung von Gewalt.

Vielleicht werden die neuerlichen Äußerungen Gopsteins helfen, den Geheimdienst zu einer anderen Meinung zu bewegen, zumal im Juni ein Teil der Brotvermehrungskirche abgebrannt wurde und Ende September im arabischen Dorf Duma bei Nablus durch jüdische Terroristen ein Baby, sein Vater und schließlich auch seine Mutter durch Brandstiftung ums Leben kamen.

Die Stellung des Maimonides in dieser Frage ist übrigens nicht eindeutig. Er hat sich im Lauf seines Lebens mehrfach dazu geäußert, ob Christen Götzendiener sind. Der frühe Maimonides war der Meinung, dass Christen keine Götzendiener seien, wenn sie auch in vielen Dingen irrten. Aber auch durch die Christen sei die Botschaft, dass Gott sein Reich auf dieser Erde errichten wolle, ein Stück seiner Erfüllung näher gekommen.

Luther, die Reformation, die Juden und der Staat Israel

»Deutliches Zeichen«: Zentralrat der Juden erwartet Distanzierung der Kirche von Luthers Antisemitismus

Er empfahl, Synagogen niederzubrennen und Häuser von Juden zu zerstören: Der Antisemitismus Martin Luthers belastet das Verhältnis zwischen Juden und Protestanten bis heute. Der Zentralrat erwartet eine deutliche Distanzierung der evangelischen Kirche vor 2017.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hofft vor dem Reformationsjubiläum 2017 auf ein »deutliches Zeichen« der evangelischen Kirche zu antisemitischen Äußerungen Martin Luthers (1483–1546). »Ich gehe davon aus, dass sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) dazu erklären wird«, sagte Zentralratspräsident Josef Schuster in Berlin zum Auftakt einer gemeinsamen Tagung von Zentralrat und Evangelischer Akademie. In seiner Schrift »Von den Juden und ihren Lügen« von 1543 schlägt Luther unter anderem vor, Synagogen abzubrennen und Häuser von Juden zu zerstören. Diese Schattenseite des Reformators müsse

deutlich benannt werden, sagte Schuster weiter. »Die Menschen müssen wissen, was Luther damals auch gedacht und aufgeschrieben hat«, betonte Schuster. Andernfalls sehe er dem Reformationsjubiläum mit einer gewissen Skepsis entgegen, fügte der Zentralratspräsident hinzu.

Die erste gemeinsame Tagung von Zentralrat der Juden und Evangelischer Akademie in Berlin trägt den Titel »Reformator, Ketzer, Judenfeind – Jüdische Perspektiven zu Martin Luther«. Es soll unter anderem über die Belastungen des christlich-jüdischen Verhältnisses durch die judenfeindlichen Thesen des Reformators diskutiert werden.

Für Schuster spielen bei den heutigen Repräsentanten der evangelischen Kirche die Ideen Luthers zu den Juden keine Rolle mehr. Und er sieht bei der Kirche durchaus den Willen zur kritischen Aufarbeitung: »Wir wären aber auch enttäuscht gewesen, wenn diese Schattenseiten Luthers totgeschwiegen würden«, sagte der Zentralratspräsident.

Ausgesprochen kritisch sehe die jüdische Gemeinschaft dagegen die Bestrebungen zur Judenmission bei evangelikalen Gemeinden. »Hier erwarten wir eine klare Abgrenzung der Amtskirche«, forderte Schuster.

»Nicht mit dem Evangelium vereinbar«

Für den früheren EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider sind die judenfeindlichen Äußerungen des Reformators verletzend und empörend. Er gehe deshalb davon aus, dass sich die EKD dazu offiziell erklären wird, sagte der ehemalige rheinische Präses: »Diese Thesen sind mit dem Evangelium unvereinbar.« Für Schneider schwingt in dem Antisemitismus Luthers auch die Frustration über fehlende Resonanz bei den Juden auf die Reformation mit. Luther habe auf viele Überläufer aus dem Judentum in die neue moderne Kirche gehofft, sagte Schneider.

Nach Ansicht des Frankfurter Religionswissenschaftlers Christian Wiese hat trotz dieses gravierenden Antisemitismus lange Zeit ein weitgehend positives Lutherbild unter den Juden existiert. Vor allem das Reformjudentum des 19. Jahrhunderts habe in Martin Luther ein Vorbild für eine »jüdische Reformation« gesehen, sagte der evangelische Theologe auf der Tagung. »Es sind hier immer wieder sehr positive Stimmen zu finden, die Luther als Vorläufer von Gewissensfreiheit, Toleranz und Aufklärung verstanden.« Die antisemitischen Äußerungen Luthers seien lange Zeit ausgeklammert worden.

Luther habe für liberale Juden eine geistige Tradition in Deutschland verkörpert, »die der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden förderlich ist«. Dies sei ein sehr idealisierendes Lutherbild gewesen. Einen Wandel gab es Wiese zufolge dann

in den 1930er Jahren. Dann habe sich im Judentum die Erkenntnis durchgesetzt, »dass die jüdische Liebesgeschichte mit Luther ein tragischer, völlig vergeblicher Versuch war«.

Der »rote Mond« und das Ende der Tage

Wie jedes Jahr versammelten sich auch dieses Jahr wieder mehrere Tausend, die Veranstalter sprachen von 4000, evangelikale Christen aus aller Welt in Jerusalem (die Veranstalter sprechen von 80 Ländern), um mit den Juden das Laubhüttenfest zu feiern, gemäß dem Schriftvers des Propheten Sacharja (14,16): »Und alle, die übrig geblieben sind von allen Völkern, die gegen Jerusalem zogen, werden jährlich heraufkommen, um anzubeten den König, den Herrn Zebaoth, und um das Laubhüttenfest zu halten.«

Die Bibelstelle redet vom Ende der Tage, und so verstehen sich diese Christen auch: am Ende der Tage. Am Ende der Tage, wenn ganz Israel in seinem Land wohnen wird und dann, und das sagt man nicht laut (und das steht zwar nicht bei Sacharja), ganz Israel zu Christus kommen wird. Laut Veranstalter habe man bisher 100.000 Juden ins Land gebracht.

Dieses Jahr war die Enderwartung bei einigen besonders akut, nachdem der »rote Mond« während des Festes zu beobachten war, die besondere Mondfinsternis, die nur alle dreißig Jahre eintritt, wenn der Mond der Erde am nächsten ist. Für viele der Versammelten ein deutliches Zeichen des Endes, gerade weil dies während des Festes eintrat.

Noch etwas zeichnete die Veranstaltung dieses Jahres aus. Die beiden Oberrabbiner hatten Juden gewarnt und gebeten, nicht an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Zwar seien diese Evangelikalen Freunde Israels, ihr Absicht aber sei die Bekehrung der Juden.

Veranstalter dieses jährlichen »größten Tourismuseignisses« ist die »Christian Embassy«, die 1980 in dem Jahr gegründet wurde, als die meisten Staaten ihre Botschaften von Jerusalem nach Tel Aviv verlegten, nachdem der jüdische Staat »ganz Jerusalem« zu seiner ewigen Hauptstadt erklärt hatte.

Neues in der Archäologie

Kommission kritisiert scharf den Umgang mit Archäologie in Israel

Eine Kommission der israelischen Akademie der Wissenschaften hat mit scharfen Worten den Umgang mit der Archäologie in Israel kritisiert. Die Archäologie sei zu stark von Interessengruppen, unter ihnen einer politisch extrem rechten Gruppe, abhängig. Sie sei in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit durch Staatsgesetze eingeschränkt. Freier Handel mit archäologischen Objekten und damit verbundene Geldwäsche seien verbreitet und zuletzt diene die Archäologie politische Zwecke. Auf der anderen Seite lobte die Kommission den hohen Standard der israelischen Archäologie in der Forschung und an den Universitäten.

Die Kommission wurde von einem der verdienten Archäologen des Landes geleitet, Professor emeritus Yoram Tsafrir. Die Kommission verhandelte mit allen in Frage kommenden Körperschaften, einschließlich derer, die später kritisiert wurden. Der einzige geladene Gast, der nicht erschien, war der Vorsitzende der rechtsextremen Gesellschaft Elad, David Beerli. Er erklärte, unter der Leitung von Tsafrir könne kein objektives Urteil erwartet werden. Tsafrir habe sich seit Jahren gegen die enge Kooperation von Archäologen mit der Elad Gesellschaft ausgesprochen.

Die Elad Gesellschaft finanziert im Wesentlichen die Ausgrabungen in der Davidstadt. Im benachbarten Silvan betreibt die Gruppe eine intensive jüdische Besiedlungspolitik durch Ankauf arabischer Häuser. Aber auch die Zusammenarbeit mit der israelischen Natur- und Park Autorität gefährdet gemäß der Kommission die Unabhängigkeit der Archäologie.

Das Verbot, archäologische Stätten, in denen Knochen gefunden werden, weiter zu untersuchen, und die Verordnung, alle gefundenen Knochen den religiösen Behörden zur Beerdigung zu übergeben, verhindere auf vielen Gebieten eine tiefere Erforschung der Geschichte dieser Orte.

Die Kommission bemängelte auch die Möglichkeit des freien Handels mit archäologischen Gegenständen. Israel sei das einzige Land im Nahen Osten, wo dieser Handel legal sei. Das führe dazu, dass Schmuggler aus den Nachbarstaaten ihre Ware nach Israel brächten und hier verkauften, wobei sehr viel illegale Geldwäsche mit im Spiel sei.

Zuletzt bemängelte die Kommission den Umgang mit archäologischen Parkanlagen. Zumeist würden nur jüdisch wichtige archäologische Objekte betont, während die Objekte anderer Religionen keine oder wenig Beachtung fänden. Dazu würde die Archäologie auch zu politischen Zwecken missbraucht, so in der geplanten Parkanlage am Abhang des östlichen Ölbergs zwischen Isfije und Etour. Poli-

tiker betonen, dieses Gebiet müsse wegen seiner archäologischen Schätze in einen Park verwandelt werden. Diese Schätze gebe es aber nicht.

Diese Missstände seien seit langem bekannt, sagen Beobachter der politischen Lage. Ob der Bericht der Kommission aber etwas daran ändern werde, sei zweifelhaft.

Rechte Gruppe erhält Verwaltung über archäologischen Park

Das Munizipalgericht Jerusalems hat einen früheren Gerichtsbeschluss aufgehoben und der rechtsorientierten Gruppe Elad die Verwaltung des archäologischen Gartens südlich des Tempelberges übergeben. Damit hat die Gruppe das Verfügungsrecht über alle archäologischen Parks in Jerusalem, nachdem sie schon früher die archäologischen Ausgrabungen der Davidstadt südlich der Stadtmauern verwaltete.

Der Park wurde früher von der East Jerusalem Development Corporation, einer staatlichen Einrichtung, verwaltet. Nach längeren Streitigkeiten ging das Verwaltungsrecht an die Jewish Quarter Development Company über, die wieder ihre Rechte an die Gruppe Elad abtrat.

Elad ist eine NGO, die sich zum Ziel gesetzt hat, den jüdischen Charakter der Stadt Jerusalem zu betonen. Neben den archäologischen Aktivitäten betreibt die Organisation eine rigorose Politik zur Ansiedlung von Juden in dem arabischen Vorort von Jerusalem Silvan, die an die Davidstadt anstößt, wobei es immer wieder zu Zusammensößen von Siedlern mit der arabischen Bevölkerung kommt.

Gegen die Übernahme des archäologischen Parks durch die Gruppe hatte das Staatsanwalt Büro Klage eingereicht, der zunächst stattgegeben, jetzt aber abgewiesen wurde. Besonders heftigen Widerstand hatten die verschiedenen nicht orthodoxen Gruppen und die Vereinigung der Frauen der Mauer geleistet, da die hölzerne Plattform direkt südlich der sogenannten Klagemauer, die als alternative Gebetsstätte dienen sollte, im besagten archäologischen Park liegt. Diese Gruppen hatten es zur Bedingung für die Annahme der alternativen Gebetsstätte gemacht, dass Elad nicht die Kontrolle über den Platz übernimmt. Elad hatte sich schließlich damit einverstanden erklärt, die Gebetsstätte nicht in ihre Verwaltung einzubeziehen.

Vierte Inschrift aus dem 11./10. Jahrhundert v.d.Z. entdeckt

Nach der Sichtung der tausenden von Scherben ist es den Archäologen der Ausgrabungsstätte Khirbet Qeiyafa gelungen, einen großen Vorratskrug mit einer Inschrift zusammenzusetzen. Die 3000 Jahre alte Inschrift ist schwer zu entziffern, aber die beiden Archäologen Mitka Golub und Haggai Misgav lesen darin den Text: Eshbaal ben Beda.



Dies ist der erste archäologische Beleg im Land Israel für den biblischen Namen Eshbaal. Einer der Söhne Sauls hieß Eshbaal (1 Chron 8,33; 9,39) und da der Name anstößig war wie andere Namen mit dem kanaanitischen Gottesnamen Baal wurde er im Bericht im 2. Samuelbuch, Kapitel 3 in Ish Boshet (wörtlich: Mann der Schändlichkeit) geändert, den Gegenkönig Davids, dessen abgeschlagenes Haupt man David brachte.

Der Name Eshbaal ist nur für diese Zeit belegt. Der Name Beda ist unbekannt. Eshbaal ben Beda war sicherlich eine wichtige Person, wahrscheinlich ein Landwirt, der seine Produkte mit seinem Namen versah. Dies ist an sich bemerkens-

wert, zeigt es doch, dass man in der Zeit König Davids sehr viel mehr geschrieben hat als angenommen. Wenn es noch vor fünf Jahren keine einzige Inschrift aus dieser frühen Zeit gab, so ist die neu entzifferte Inschrift bereits die vierte. Eine weitere Inschrift wurde ebenfalls in Qeiyafa gefunden, eine Inschrift in Jerusalem und eine andere in Bet Shemesh.

Die Ausgrabungen in Qeiyafa haben bereits zahlreiche wertvolle und einzigartige Funde zu Tage gebracht. Der Ort wird mit dem biblischen Ort Sha'arayim in Verbindung gebracht. Die Stadt erlebte zur Zeit des Königs David seine Blütezeit.

Menora in einer Synagoge Galiläas entdeckt

Ein Mosaik mit der Abbildung einer Menora und einer aramäischen Inschrift ist in der Nähe des Sees Genezaret entdeckt worden wie kürzlich bekannt wurde. Das Mosaik befindet sich im Fußboden einer byzantinischen Synagoge, die bisher nicht bekannt war. Nach Münzfunden stammt die Synagoge aus dem 4. Jahrhundert, wie die meisten Synagogen Galiläas. Der Ort liegt auf der Gebirgshöhe über dem See zwischen Capernaum und Magdala, zwei Kilometer von Tabgha entfernt. Der See ist von der Höhe aus sichtbar.

Über der Menora findet sich ein Name in Aramäisch: »Elasar bar Judan bar Susu« oder »Koso«. Nach den Ausgräbern handelt es sich um eine wichtige Persönlichkeit der Ortschaft oder den Stifter des Mosaiks oder des Synagogengebäudes. Der Name »Susu« oder »Koso« ist im bisherigen jüdischen Onomastikon der Antike nicht bekannt.

Die Synagoge, deren Fundamente inzwischen ganz ausgegraben sind, hat eine Nord-Süd Ausrichtung wie alle Synagogen Galiläas. Es handelt sich um den sogenannten Breitwandtyp der Synagogen, die in Galiläa selten sind. Das besagt, dass das Podium sich an der Breitwand und nicht an der Schmalseite befindet. So handelt es sich bei der Breitwand um die Südseite.

Von der Menora ist nur der obere Teil erhalten. Er zeigt das Ende der sieben Arme. Auf jedem Arm sitzt ein Öllämpchen, wie sie aus dieser Zeit bekannt sind. Interessant ist, dass bei dem Lämpchen über dem mittleren Arm der Docht in der Mitte der Öllampe zu sitzen scheint, was ungewöhnlich ist. Ein solches Öllämpchen ist bisher nicht gefunden worden. Die anderen Öllampen haben wie gewöhnlich den Docht am Ende der Lampe. Diese Lampen sind so angeordnet, dass der Docht zur Mitt zeigt. Die siebenarmige Menora erscheint häufig in byzantinischen Synagogen und ist das Symbol des Judentums.

Mit dem neuen Synagogenfund verdichtet sich die Landschaftskarte der Synagogen Galiläas. In der Nachbarschaft befinden sich die Synagogen von Magdala,



Capernaum, Arbel, Wadi Chamam und Hakuk. Einige dieser Synagoge wurden erst in den letzten Jahren entdeckt. Es sieht demnach so aus, dass es in jedem Ort eine Synagoge gab, in einem Abstand von drei bis fünf Kilometern. Zum anderen zeigt es, dass diese Gegend noch in byzantinischer Zeit mehr oder weniger jüdisch besiedelt war. Kirchen gibt es nur an wenigen Orten in dieser Gegend, die für das Neue Testament und das Wirken Jesu wichtig waren wie Kapernaum (wo es auch eine Synagoge gibt) und Tabgha.

Die Ausgrabung wird von Jürgen Zangenberg, Universität Leiden, Stefan Münger, Bern und Raimo Hakola, Helsinki geleitet mit Freiwilligen aus zahlreichen Ländern, darunter auch Deutschland.



4
EDITION AUGUSTE VICTORIA

Michael Krupp

Die Ossuarien der
archäologischen
Sammlung der
Himmelfahrtkirche



Die Ossuarien der archäologischen Sammlung der Himmelfahrtskirche

Im Jahr 2013 konnte für die Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung in Jerusalem eine Sammlung jüdischer Ossuarien erworben werden, die seit Juli 2015 besichtigt werden kann. Der vorliegende Band gibt eine Einführung zur Geschichte und Bedeutung dieser besonderen Form der jüdischen Bestattung zur Zeit Jesu. Darüber hinaus dokumentiert er die Exemplare der Sammlung und gibt so dem interessierten Besucher der Ausstellung in der Himmelfahrtskirche auf dem Ölberg (Scopus) einen tieferen Einblick.



Besonders wichtig sind hier die Ossuare mit Inschriften. Einige dieser Namen waren bisher nicht bekannt. Für den christlichen Betrachter dürften vor allem die neutestamentlichen Namen interessant sein wie Maria, Johannes (die griechische Form von Jehochanan), Lazarus (die griechische Kurzform des Namens Elasar), Josef oder Jeschua (die hebräische Form des griechischen Namens Jesus). Jeschua ist wiederum eine Kurzform des Namens Jehoschua, der auch in der Sammlung vorkommt. Matthäus in seiner hebräischen Kurzform Mathja ist von Matatja abgeleitet. Alle diese Namen zeigen dem Besucher, wie stark die Menschen des Neuen Testaments in ihrer jüdischen Umwelt verwurzelt waren.

Das Graffiti findet sich an der Seitenwand des Ossuar Nr. 12. Es ist eine Mischung aus Hebräisch und Aramäisch **ואביו** ist Aramäisch und heißt »und sein Vater«. **ואמו** ist Hebräisch und heißt »und seine Mutter«. So lautet die ganze Inschrift: »Jesus und sein Vater und seine Mutter«. Vielleicht hieß der Vater dieses Jeschuas »Mattai«, denn dieser Name findet sich in der Rosette auf der Vorderseite. Dort findet sich zweimal der Name »Jeschua« und auf der Rückseite noch einmal, über die Hälfte der Rückseite geschrieben. Im Ganzen also viermal. Was recht selten ist. Zweifellos war dieser Jeshua eine wichtige Persönlichkeit. Vermutlich waren die Gebeine von drei Personen in diesem Ossuar enthalten.

Der neue Interreligiöse Kalender 2015

Der Interreligiöse Kalender für das Jahr 2016 erscheint jetzt im 19. Jahr. In der äußeren Form hat sich in den letzten Jahren nichts geändert, ebenso nicht im Preis, obwohl die Postgebühren um mehr als das Doppelte zugenommen haben. Wieder sind die Motive der christlichen, jüdischen und islamischen Welt entnommen. Der Kalender ist digital zu bestellen

in Deutschland bei judith.haar@web.de

außerhalb Deutschlands bei michaelkrupp@bezeqint.net

oder per Post

Judith Haar-Geißlinger – Marktstraße 40 – 63924 Kleinheubach

Michael Krupp – Ein Karem A 28 – Jerusalem 95744 – Israel

Größere Mengen (ab 14 Kalendern) können auch von Deutschland aus direkt bei mir bestellt werden. Der Preis ist derselbe.

Bis zum 30.11. gilt der Subskriptionspreis

ein Kalender 8,- Euro (später 9)

ab 5 Kalendern je 7,50 (8,50)

ab 10 Kalendern je 7,- (8)

ab 50 Kalendern je 6,50 (7,50)

Der Kalender ist auch ein großartiges Geschenk für Freunde, Bekannte und Familie. Seine Aufgabe ist es, anzuzeigen, wann Freunde anderer Religionen ihre Hauptfeste feiern. Einander kennen zu lernen ist die Basis für jede Verständigung. Der Kalender will so zu einem besseren Auskommen zwischen Mitgliedern verschiedener Religionen führen. Dies ist gerade in Zeiten, wo Flüchtlinge aus fremden bedrängten Ländern Europa überfluten von besonderer Wichtigkeit.

Die Subskriptionspreise gelten bis zum 30.11.2015

In der Altstadt und in Jerusalem mit Schirmen bewaffnet

Die andauernde Terrorwelle, die anscheinend immer noch schlimmer wird, und in Jerusalem bisher einige Todesopfer forderte, hat den Touristenstrom bisher nicht aufgehhalten, aber das wird sich wahrscheinlich bald ändern. Die Erlöserkirche in der Altstadt war an den Sonntagen wie üblich für den Oktober voll. Aber der Souk war recht leer. Auf dem Platz hinter dem Jaffator standen nicht wie üblich die Werber für eine gratis Führung durch die Altstadt und die wenigen Besucher waren ausschließlich Touristen. Israelis meiden die Stadt. Auch die orthodoxe und ultra-orthodoxen Juden gehen nicht mehr zur Westmauer zum Gebet, schon gar nicht

durch die Hagai Straße, dem direkten Weg vom Damaskustor zur Westmauer, nachdem dort zwei Ultraorthodoxe auf dem Weg zum Gebet ermordet worden waren. Die Orthodoxen machen aber auch nicht den Umweg über den David Souk vom Jaffator aus.

Inzwischen hat der Bürgermeister der Stadt alle aufgefordert, die eine lizenzierte Waffe haben, diese immer bei sich zu tragen, eine Maßnahme, die das Editorial der Zeitung Haaretz für sehr gefährlich hielt und nicht den richtigen Weg, die Situation zu beruhigen. Andere, die keine Feuerwaffe haben, decken sich mit Pfefferspray ein, der zur Zeit ausverkauft ist, und mit Stöcken aller Art. Die Kurse zur Selbstverteidigung haben Hochkonjunktur. In den Medien wurden allerlei Heldentaten berichtet, wie Bürger Terroristen mit Schirmen, Selfi-Stöcken und anderen zufälligen mitgeführten Utensilien »neutralisieren« konnten, bis die Polizei eintraf.

Die Palästinenser berichten davon, dass das Erschießen von Terroristen durch israelische Polizei und andere einer Todesstrafe ohne Prozess gleichkäme. Dazu war ein Video, das im Fernsehen ausgestrahlt wurde, hilfreich, das von einer Sicherheitskamera aufgenommen worden war, wo ein Angestellter der israelischen Firma Bezeq, der offiziellen israelischen Kommunikationsfirma, ein Araber aus Ostjerusalem, wie die meisten Terroristen des Monats Oktober, mit seinem Dienstwagen auf eine Straßenbahnhaltestelle in einem orthodoxen Viertel zurast, einen alten Rabbiner tötet und mehrere verletzt, dann aus dem Auto springt, und anfängt, mit einer Axt auf eine Frau einzuschlagen, die er zu Boden geschmissen hat. Ein in der Nähe befindlicher Polizist in Zivil oder ein sonstiger Wachmann schießt den Terroristen in die Beine, so dass dieser zu Boden stürzt, sich aber erhebt und versucht weiter auf die Frau einzuschlagen, ein zweiter Schuss hindert ihn nicht daran, erst der vierte Schuss kostet ihm den Tod und der Frau das Leben.

Ausgelöst ist die letzte Messerstech-Intifada, wie sie inzwischen betitelt wird, durch das falsche Gerücht, die Israelis wollten den status quo auf dem Tempelberg ändern. Wahrheiten spielen in diesem Konflikt keine Rolle. Es zählt nur das, an das man glaubt.

Amerikas Außenminister und UNO Generalsekretär Ban Ki-moon haben das Land besucht. All dies wird nichts nützen, wenn Palästinenser und Israelis nicht selbst zueinander finden. Die Messerstech-Intifada ist keine Volksbewegung, die meisten Palästinenser lehnen sie ab. Kritisch schreibt der palästinensische Essayist Sayed Kashua in der hebräischen Zeitung Haaretz:

Wehe uns, wenn irgend jemand die Welle der Messerstecherei als Erfolg sieht. Wehe denen, die im Namen des Kampfes Freude im Gesicht der Mörder und dem Selbstmord von Kindern sehen. Wehe der Generation, die ihre Kinder zu diesen Taten gebracht hat. Eine Generation, die ihren

Söhnen und Töchtern nichts als Depression und den Instinkt für Rache vererbt hat.

Zum Schluss

**Bitte bezahlen Sie Ihr Jahresabonnement für 2015
wenn noch nicht geschehen**

ZUR ERINNERUNG

Zur Erleichterung der Abrechnung für uns und zur Vermeidung von Irrtümern haben wir eine Kundennummer (KN) eingeführt. Sie finden sie rechts oben auf dem Adressenaufkleber. Geben Sie diese Nummer in Zukunft bitte immer auf der Überweisung, nach dem Stichwort »Interfaith«, mit an.

Besten Dank für Ihre Mithilfe.

Das Weitererscheinen von *Religionen in Israel* ist davon abhängig, daß es von den interessierten Leserinnen und Lesern auch finanziell mitgetragen wird. Uns stehen für die Finanzierung des Blattes keine anderen Mittel als die der Leserschaft zur Verfügung. Wir möchten deshalb Verdienende um eine Spende von 16,- Euro, Nichtverdienende von 10,- Euro im Jahr bitten. Zusätzliche Spenden für das Erscheinen des Blattes und/oder unsere Arbeit vor Ort sind herzlich willkommen. Für Spenden kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden, wenn sie an das Konto in Deutschland überwiesen werden und Euro 50,- übersteigen. (Bis Euro 50,- gilt die Durchschrift des Überweisungsträgers als Beleg beim Finanzamt.) Buber Rosenzweig Stiftung, Postfach 1445, 61231 Bad Nauheim, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto-Nr. 82909, Stichwort »Interfaith«.

Alle Überweisungen außerhalb Deutschlands bitte an folgendes Konto überweisen:

Krupp bei Kreissparkasse Tübingen, Konto 510442, BLZ 641 500 20 – IBAN: DE98 6415 0020 0000 5104 42, BIC: SOLADES1TUB
mit dem Vermerk »Interfaith«

Bitte beachten sie unsere deutsche Website –
<http://www.lee-achim.de/html/i-faith/>